

Wahlen: Appell der Verbraucherverbände an die politischen Parteien

Mi, 10.08.2022 - 09:46

Verbraucherschutz muss eine Priorität sein

Die Verbraucherverbände Adiconsum, Adoc, Adusbef, Assoutenti, Casa del Consumatore, Cittadinanzattiva, Codacons, Codici, Confconsumatori, Federconsumatori, Lega Consumatori, Mdc, Movimento Consumatori, Utenti TV und die Südtiroler Verbraucherzentrale appellieren an die Spitzenpolitiker und die Führungsgremien der politischen Parteien: Verbraucherschutz soll im Parteiprogramm und im bereits laufenden Wahlkampf als Priorität gelten. Die politischen Kräfte müssen sich in Bezug auf diese grundlegenden Rechte der Bürger:innen sowohl mit jenem auseinandersetzen, was bereits umgesetzt wurde, als auch abwägen, was hier in Zukunft noch erzielt werden soll.

Auf die zukünftige Regierung warten im Bereich Verbraucherschutz viele dringende und drängende Fragen: Energie- und Treibstoffpreise, Preissteigerungen, unlautere oder gar illegale Geschäftspraktiken sowie Betrug werden weiterhin einen Großteil der politischen Agenda bestimmen.

Laut verschiedenen Forschungsinstituten bereiten zur Zeit die Themen Arbeit und Steuern den Bürger:innen Sorgen – dabei sind viele von ihnen auch in Bezug auf die täglichen Verbrauchsausgaben beunruhigt.

Die Preise für Waren und Dienstleistungen sind durch die Pandemie, die wirtschaftliche und soziale Krise, die Klimakrise sowie die derzeit sehr schwierigen internationalen politischen Beziehungen auf ein unhaltbares Niveau gestiegen, wodurch auch die Zahl der Bürger:innen in wirtschaftlicher Not und Armut erheblich gestiegen ist.

Deshalb ist es wichtig, dass sich die Parteien damit befassen, was in den letzten Jahren bereits erreicht wurde, und dass in den Wahlkampagnen den Fragen rund um den Schutz der Verbraucher:innen

ausreichend Platz und Gewicht eingeräumt wird.

Die Verbraucherverbände fordern alle politisch Verantwortlichen sowie Kandidaten der Parteien und Koalitionen auf, den Verbraucherschutz zu einer echten Priorität in den Regierungsprogrammen zu machen.

Die Verbände ihrerseits werden die Wahlprogramme und Aktivitäten der Parteien und Kandidaten, die sich an die Bürger:innen und Verbraucher:innen richten, genau unter die Lupe nehmen.